

Antrag

der Abg. Thomas Blenke u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Europa Danubiana – Donaustrategie des Landes und der EU

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Erfolge das Land Baden-Württemberg mit ihrer Donaustrategie erzielen konnte;
2. mit welchen weiteren Aktivitäten dem Donaoraum eine noch stärkere Präsenz und Sichtbarkeit auf EU-Ebene verschafft werden kann;
3. wie Baden-Württemberg Verantwortung für den Integrationsprozess der Donauländer übernimmt;
4. wie sich Baden-Württemberg in die im Jahr 2010 zu erarbeitende EU-Strategie für den Donaoraum einbringen kann;
5. welche Ergebnisse die Auftaktkonferenz zur Donaustrategie der EU am 1. und 2. Februar 2010 in Ulm hervorgebracht hat;
6. ob bereits erste Grundsätze einer EU-Strategie für den Donaoraum vorliegen;

7. ob ihr die Bestrebungen, eine fraktionsübergreifende Gruppe zur Unterstützung der Donaustrategie im Europäischen Parlament ins Leben zu rufen, bekannt sind, und wie dies vonseiten des Landes unterstützt werden könnte.

02. 02. 2010

Blenke, Beck, Bopp, Lichy, Lusche, Müller, Stratthaus,
Reichardt, Vosschulte CDU

Begründung

Baden-Württemberg hat eine eigene Donaustrategie gegenüber der Europäischen Union auf den Weg gebracht. Im Juni 2009 schließlich verabschiedete der Europäische Rat tatsächlich eine Aufforderung an die EU-Kommission, bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donauraum zu erarbeiten. Die entsprechenden Arbeiten in den Donauanrainerstaaten und -regionen sind in Gang gesetzt, die ersten Schritte auf europäischer Ebene sind bereits erfolgt. Am 7. Oktober 2009 hat zudem der Ausschuss der Regionen eine Initiativstellungnahme zu einer EU-Strategie für den Donauraum verabschiedet. Erstmals hat sich damit eine europäische Einrichtung umfassend zu dem Thema geäußert.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. Februar 2010 Nr. V-0147.Donaustrategie nimmt das Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Erfolge das Land Baden-Württemberg mit ihrer Donaustrategie erzielen konnte;

Die umfassenden Aktivitäten und die Bedeutung der Donaustrategie des Landes Baden-Württemberg wurden in der Landtagsdrucksache 14/3454 im November 2008 ausführlich dargestellt.

Baden-Württemberg hat seither die Initiative entscheidend weiter vorangebracht.

In der Abschlusserklärung der 2. Donaukonferenz in der Landesvertretung in Brüssel wurde die Bedeutung der Einbeziehung des Ausschusses der Regionen (AdR) in die weiteren Schritte betont, was durch zwei wesentliche Maßnahmen erfolgte: Auf Initiative von Baden-Württemberg wurde im November 2008 eine fraktionsübergreifende Gruppe „Donauraum“ im AdR gegründet, um die Sichtbarkeit des Donaoraums in Brüssel zu stärken und die Interessen der beteiligten Regionen auf europäischer Ebene zu vertreten.

Mit der Verabschiedung der Initiativstellungnahme „Eine EU-Strategie für den Donaauraum“ erfolgte eine erste inhaltliche Erarbeitung zur Donaustategie auf Brüssler Ebene.

Eine erste Vorstellung der Idee für eine AdR-Initiativstellungnahme erfolgte durch Minister Reinhart auf der Sitzung der Fachkommission für Auswärtige Angelegenheiten (RELEX) am 16. Februar 2009. Am 28. April wurde Minister Reinhart 2009 zum Berichterstatter für die Initiativstellungnahme berufen. Der am 24. Juni 2009 in der Fachkommission RELEX sowie abschließend bei der Plenartagung des AdR am 5. Oktober 2009 vorgestellte Entwurf der Initiativstellungnahme „Eine EU-Strategie für den Donaauraum“ wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Inhaltlich erfolgt der Vorschlag einer Orientierung an der Ostsee-Strategie. Auch den Donaauraum als einen einheitlichen Großraum zu betrachten wird als wesentliche Voraussetzung für dessen nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung erkannt. Als die zentralen Handlungsfelder für eine EU-Donaustategie werden Verkehr, Umweltschutz und Energiesicherheit, Wirtschaft, Sicherheit, Bildung und Kultur, Arbeit sowie Gesundheit und Soziales vorge schlagen. Beispiele sind der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hochwasserschutz, gemeinschaftliche nachhaltige Tourismuskonzepte, regionale Kulturarbeit. Die Regionen und Städte nehmen hier bei der Planung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Donaustategie aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Rolle ein.

Mit der auf dem Donaugipfel am 6. Mai 2009 in Ulm verabschiedeten „Ulmer Erklärung“ durch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Donauanrainerstaaten und -regionen wurde ein weiteres Zeichen in Richtung auf Erarbeitung einer EU-Strategie für den Donaauraum gegeben. Nicht zuletzt aufgrund der Impulse aus Baden-Württemberg gab der Europäische Rat im Juni 2009 den Auftrag an die EU-Kommission, bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donaauraum auszuarbeiten.

Ein weiterer bedeutender Schritt war die Gründung einer Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg mit der Republik Serbien, die am 17. Juli 2009 in Belgrad zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Damit sind weitere gute Möglichkeiten für die Donaukooperation vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Technologie sowie Bildung und Ausbildung gegeben.

2. mit welchen weiteren Aktivitäten dem Donaauraum eine noch stärkere Präsenz und Sichtbarkeit auf EU-Ebene verschafft werden kann;

Der seit Oktober 2009 laufende Arbeitsprozess zur Erarbeitung einer EU-Donaustategie zeigt deutlich, dass es aufgrund der baden-württembergischen Initiativen (s. o.) gelungen ist, den Donaauraum als dynamische und zukunfts-trächtige europäische Region in die Wahrnehmung der EU zu bringen. Nach Verabschiedung der EU-Donaustategie werden konkrete Kooperationsprojekte aus dem derzeit in Arbeit befindlichen Maßnahmenkatalog die Wahrnehmung auf europäischer Ebene garantieren. Baden-Württemberg wird flankierend dazu weiterhin über die Arbeit in den fünf Gemischten Regierungskommissionen (Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien, Ungarn) auf sich aufmerksam machen und, wie in den Jahren 2006, 2007, 2008 in speziell dem Donaauraum gewidmeten Veranstaltungen in der Landesvertretung Brüssel das EU-Interesse auf diesen Raum lenken.

3. wie Baden-Württemberg Verantwortung für den Integrationsprozess der Donauländer übernimmt;

Als wichtigstes politisches Instrument unterhält das Land Baden-Württemberg mit den Staaten Ungarn, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Serbien sog. Gemischte Regierungskommissionen. Deren Sitzungen finden im jährlichen Wechsel in Baden-Württemberg und dem jeweiligen Partnerland statt. In den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft, Bildung, Innere Sicherheit, Kunst und Kultur, Umwelt sowie Arbeit und Soziales werden Kooperationen ausgearbeitet und Projekte entwickelt und betreut. Die Begegnungen zwischen Vertretern der Ministerien sowie aus der Wirtschaft und dem interkulturellen Bereich haben diplomatischen Charakter. Im Rahmen dieser Gemischten Regierungskommissionen war Herr Minister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart im Jahr 2009 Gast bei Frau Maja Vrtarić, Staatssekretärin im Ministerium für Auswärtige und Internationale Angelegenheiten der Republik Kroatien (Zagreb, 5. Sitzung) und Herrn Bozidar Djelic, stellv. Ministerpräsident von Serbien (Belgrad, 1. Sitzung) sowie Gastgeber für die ungarische Delegation unter Leitung des Staatssekretärs im Außenministerium, Dr. József Czukor (Weikersheim, 10. Sitzung). Herr Minister Ernst Pfister als Co-Vorsitzender der Gemischten Kommission Baden-Württemberg – Rumänien bereiste Bukarest (Minister für Kleinere und Mittlere Betriebe, Handel und Wirtschaftliche Rahmenbedingungen Constantin Nita, 5. Sitzung). Der Co-Vorsitzende der Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg – Bulgarien, Minister Willi Stächele war bei dem ehemaligen Co-Vorsitzenden Stellv. Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Lyubomir Kyuchukov in Russe zu Gast (4. Sitzung).

Weiterhin führt die Landesregierung regelmäßig Delegationsreisen in die Länder des Donaupraumes unter der Leitung von Herrn Ministerpräsident oder Herrn Minister Prof. Dr. Reinhart mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur durch (2008: Ungarn, Bulgarien, Rumänien).

Im Rahmen des Baden-Württemberg-STIPENDIUMs legt die Landesstiftung ein „Walter-Hallstein-Programm“ auf, das in erster Linie der fortschreitenden europäischen Integration im Bildungsbereich Rechnung trägt. Einerseits werden Stipendien vergeben an besonders qualifizierte Studierende europabezogener Aufbaustudiengänge von Hochschulen in Baden-Württemberg, bei denen eine multidisziplinäre europäische Kompetenz vermittelt wird. Dabei werden insbesondere Studierende berücksichtigt, die eingeschrieben sind für den Studiengang Europäisches Management „Master of Arts der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg und der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl sowie für den Postgraduiertenstudiengang Master of European Studies“ (MEUS) der Universität Tübingen. Andererseits sollen durch das Stipendium für europabezogene Praktika Studierende und Verwaltungsfachleute aus den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas Einblicke in die Verwaltungs-, Rechts- und Sozialstrukturen Baden-Württembergs und der Europäischen Union ermöglicht werden. Besonders gefördert werden Studierende der Fachrichtungen Politik, Wirtschaft, Jura und Verwaltung sowie junge Berufstätige aus den Verwaltungen der mittel- und osteuropäischen Staaten.

4. wie sich Baden-Württemberg in die im Jahr 2010 zu erarbeitende EU-Strategie für den Donaupraum einbringen kann;

Baden-Württemberg war als Initiator der EU-Donaustrategie bereits seit Oktober 2009 an der Ausarbeitung auf verschiedenen Ebenen beteiligt.

Am 24. November 2009 fand unter Leitung von Minister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart eine umfassende Informationsveranstaltung für Vertreterinnen und Vertreter baden-württembergischer Verbände im Staatsministerium statt. Die Verbände hatten anschließend Gelegenheit, ihre Vorschläge und Projekte, die aus baden-württembergischer Sicht in der EU-Donaustrategie Berücksichtigung finden sollten, einzubringen.

Außerdem war Baden-Württemberg in der nationalen Arbeitsgruppe unter Federführung des Auswärtigen Amtes Berlin, ebenso wie der Freistaat Bayern, vertreten. Die baden-württembergischen Vorschläge wurden vom Auswärtigen Amt in die offizielle deutsche Stellungnahme übernommen.

Darüber hinaus hat Baden-Württemberg sowohl auf politischer Ebene als auch auf Fachbeamtenebene an der EU-Konferenz zur Donaustrategie am 1./2. Februar 2010 in Ulm teilgenommen. Auch die Teilnahme an den weiteren EU-Konferenzen in Budapest, Wien und Constanza ist vorgesehen. Am 25. Februar 2010 wird Herr Minister Prof. Dr. Reinhart die Regierung des Landes Baden-Württemberg beim Donaugipfel in Budapest vertreten.

Somit wird Baden-Württemberg den Konsultationsprozess und den weiteren Prozess bis zur Verabschiedung der EU-Donaustrategie permanent begleiten.

5. welche Ergebnisse die Auftaktkonferenz zur Donaustrategie der EU am 1. und 2. Februar 2010 in Ulm hervorgebracht hat;

Ziel der am 1./2. Februar 2010 von der EU-Kommission (DG 10) durchgeführten Auftaktkonferenz zur Donaustrategie war es, zu Beginn des offiziellen Konsultationsverfahrens den politischen Akteuren im Donaauraum und deren Verwaltungsvertretern Gelegenheit zu einem umfassenden Informationsaustausch zu geben. Hochrangige politische Vertreterinnen und Vertreter aus Ungarn, Serbien, Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, Baden-Württemberg und Bayern dokumentierten, welche Bedeutung die zu erarbeitende Donaustrategie für die Europäische Kommission hat. Zum zweiten wurde mit der Auftaktkonferenz in Ulm das offizielle Konsultationsverfahren für die Donaustrategie, u. a. auch via Internet, eröffnet. Es wird bis 31. März 2010 abgeschlossen sein.

Neben einer umfassenden Information über die technischen Abläufe hatten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer Gelegenheit, in vier Arbeitsgruppen erste inhaltliche Überlegungen zu den wesentlichen Grundsätzen der EU-Strategie für den Donaauraum zu diskutieren (siehe hierzu auch unter 6.).

Aus Sicht der Landesregierung ist die Ulmer Konferenz durchweg positiv zu bewerten. Es ist gelungen, eine starke politische Initialzündung für die weiteren Konferenzen und die Arbeiten der EU-Kommission zu geben.

6. ob bereits erste Grundsätze einer EU-Strategie für den Donaauraum vorliegen;

In der Auftaktkonferenz der EU zur Donaustrategie am 1./2. Februar 2010 wurden die wesentlichen Grundsätze der EU-Strategie für den Donaauraum festgelegt.

In räumlicher Hinsicht soll die Donaustrategie weit gefasst werden. Sie soll nach gegenwärtigem Arbeitsstand die unmittelbaren Donauanrainer umfassen. Beteiligt sind somit neben der Bundesrepublik Deutschland die weiteren fünf EU-Mitgliedstaaten Österreich, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien, außerdem der Beitrittskandidat Kroatien, Serbien, das am 22. Dezember 2009 einen Beitrittsantrag bei der EU gestellt hat, sowie Moldawien und die Ukraine.

Inhaltlich soll die Donaustrategie im Wesentlichen auf drei Pfeilern beruhen:

- Transport, Energie und Verkehr
- Umwelt sowie
- Sozioökonomische Aspekte

Dem Umweltbereich wird dabei besondere Bedeutung sowohl als einzelner Pfeiler als auch als Klammer für die anderen beiden Pfeiler beigemessen. Hierbei soll der Umweltbereich weit gefasst werden und jegliche Form des Umweltschutzes umfassen, naturgemäß aufgrund der räumlichen Anbindung der Strategie mit einem Schwerpunkt im Wasserbereich. Die Europäische Kommission strebt eine enge Kooperation mit der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) an, an der Baden-Württemberg beteiligt ist. In vielen Regionen des Donaubeckens stehen weitreichende Entscheidungen beim Aufbau von Infrastruktureinrichtungen im Abfall- und Abwasserbereich an. Die Donaustrategie soll daher auch eine Chance zur Entwicklung und Verbreitung innovativer und moderner Umwelttechnologien bieten. Im Transport- und Verkehrsbereich wird ein Ausbau und eine Vernetzung der Verkehrswege zum und im Donaauraum angestrebt, wobei wirtschaftliche und Umweltinteressen in Einklang gebracht werden sollen. Bei den sozioökonomischen Aspekten wird die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur, Tourismus, Wissenschaft und Forschung unter Einbindung aller Generationen der Zivilgesellschaft betont. In allen drei Pfeilern soll die Donaustrategie auf einer Vielzahl konkreter Projekte fußen, die von der Bevölkerung, der kommunalen und regionalen Ebene eingebracht werden sollen (sog. Bottom-Up-Approach). Diese Projekte werden auf den nachfolgenden Konferenzen im Einzelnen näher umrissen werden. Neben diesen drei Pfeilern soll auch den Aspekten der inneren Sicherheit sowie der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Korruption hohes Gewicht beigemessen werden. Betont wird von der Europäischen Kommission schließlich die Bedeutung der Interdependenzen zwischen den einzelnen Pfeilern.

In organisatorischer Hinsicht vertritt die Europäische Kommission gegenwärtig eine Politik der „drei Neins“: keine neuen Gelder, keine neuen Institutionen, keine neuen Regularien. Die Finanzierung der Donaustrategie soll durch einen gezielten Einsatz vorhandener Fördermittel erreicht werden. Dies wird insbesondere im Rahmen der finanziellen und strukturellen Ausgestaltung der nächsten Förderperiode ab 2014 von Bedeutung sein. In der laufenden Förderperiode ist die Aufteilung der Baden-Württemberg zur Verfügung stehenden Fördermittel auf einzelne Förderbereiche bereits weitgehend erfolgt. Der Kohäsionspolitik wird dabei große Bedeutung beigemessen. Die Europäische Kommission fordert für die Ausarbeitung und Umsetzung der Donaustrategie eine Kooperation zwischen den Akteuren auf allen Ebenen: EU-, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene unter Einbeziehung der Bevölkerung und von Nichtregierungsorganisationen.

7. ob ihr die Bestrebungen, eine fraktionsübergreifende Gruppe zur Unterstützung der Donaustrategie im Europäischen Parlament ins Leben zu rufen, bekannt sind, und wie dies vonseiten des Landes unterstützt werden könnte.

Es gab derartige Bestrebungen, die von der Landesregierung unterstützt wurden. Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments entschied jedoch am 8. Dezember 2009, zu diesem Thema keine fraktionsübergreifende Gruppe ins Leben zu rufen. Das Europäische Parlament verabschiedete jedoch am 21. Januar 2010 eine Entschließung, in der eine Donaustrategie der Europäischen Union nachhaltig befürwortet wird.

Dr. Reinhart

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums